

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Neussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406
Telefon: (0 22 21) 21 90 30/33
Telefax: 05 25 545-45 ppbn d



Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss und Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit kommentiert den Krieg zwischen kommunistischen Staaten.

Seite 1/2

Hans-Alexander Drechsler MdL, Vorsitzender des Ausschusses "Strafvollzug" im niedersächsischen Landtag, wirft dem Justizminister des Landes, Prof. Schwind (CDU) vor, mit der Schaffung von Spezialhaftplätzen für Demonstranten die "Schlacht um Gorleben" zu provozieren.

Seite 3

Horst Seefeld MdB/MdEP hofft auf die Einführung eines Europäischen Führerscheins noch vor dem 10. Juni.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 08 11

34. Jahrgang / 37

21. Februar 1979

Krieg zwischen kommunistischen Staaten

Friedensideologie der Dritten Internationale zerbricht an der Praxis

Von Karsten Voigt MdB
Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit

Auf der Zimmerwalder Konferenz trafen sich vom 5. bis 8. September 1915 führende linke Kritiker der internationalen Arbeiterbewegung. Ihr Ziel war die Verurteilung der Tatenlosigkeit der Zweiten Internationale und ihrer Mitgliedsparteien bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Mit den Zimmerwalder Konferenzen und ihren Manifesten bildete sich die sogenannte "Zimmerwalder Linke" heraus. Sie stand am Anfang der Spaltung der Zweiten, der "Sozialistischen Internationale" und gehört zur Vorgeschichte der Dritten, der "Kommunistischen Internationale".

Die These, daß Kriege, die militaristische und imperialistische notwendige Konsequenzen der im Kapitalismus herrschenden ökonomischen Gesetzmäßigkeiten seien, war ebenso wie die Hoffnung, daß Kriege undenkbar werden und der Militarismus aufhört, wo und soweit die kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihre Staatsapparate überwunden werden, der tragende Pfeiler der Friedensideologie der Dritten Internationale.

In der 1975 in der DDR erschienenen Ausgabe des "Philosophischen Wörterbuches" heißt es unter dem Stichwort "Frieden", er sei "dem Kommunismus und seiner ersten Phase, dem Sozialismus, immanent... Er ist die notwendige Folge des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln... Der Krieg sei demgegenüber "eine gesetzmäßige Erscheinung der Klassengesellschaft".

Diese für die Ideologie des Marxismus-Leninismus grundlegende These ist an der Praxis kommunistischer Staaten jetzt

beim Einmarsch der Volksrepublik China in die Sozialistische Republik Vietnam, dem vorhergehenden Einmarsch Vietnams in Kambodscha und bereits durch den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR vor gut zehn Jahren zerbrochen.

Der Kampf um Macht und Einflußzonen, wirtschaftliche Interessengegensätze, die Furcht vor territorialen Ansprüchen und vor der Androhung und Anwendung militärischer Gewalt ist auch für das Verhalten der Staaten von Bedeutung, die jeweils von sich selber behaupten, sozialistisch zu sein. Der Versuch, diesen Tatbestand, - wie beim Einmarsch in die CSSR und beim Einmarsch nach Kambodscha - ideologisch zu verbrämen, trägt nicht weit. Er hat nicht einmal alle kommunistischen Parteien überzeugen können, sondern im Gegenteil eurokommunistische Autonomiebestrebungen gegenüber der offiziellen Ideologie verstärkt.

Der Einmarsch Vietnams in Kambodscha und der Einmarsch Chinas in Vietnam wird zu einem weiteren Glaubwürdigkeitsverlust marxistisch-leninistischer Friedensideologie in der Welt führen und auch innerhalb der marxistisch-leninistischen Parteien Erosions- und Differenzierungsprozesse beschleunigen. Gerade auch für langfristige Entwicklungen wird es interessant sein, ob und wie weit kommunistische Parteien in Europa die militärischen Konflikte zwischen kommunistischen Staaten in Asien zum Anlaß nehmen, um traditionelle Friedensideologien über Bord zu werfen und zu einer eigenständigen und rationalen Friedens- und Sicherheitspolitik zu gelangen.

Die Konflikte in Asien beruhen auf Interessenkonflikten zwischen Vietnam, Kambodscha, China und der Sowjetunion. Weil es sich um einen Konflikt zwischen kommunistischen Staaten handelt, trägt die Ideologie zur Verschärfung der Interessenkonflikte bei. Eine Theorie und Praxis der "friedlichen Koexistenz" zwischen kommunistischen Staaten gibt es noch nicht.

Das "friedliche Miteinander", "vertrauensbildende Maßnahmen" und der Versuch der "Sicherheitspartnerschaft" bei Fortbestehen der Gegensätze von Interessen und Ideologien ist bisher erst zwischen Ost und West, nie aber zwischen kommunistischen Staaten erprobt worden.

Dies kennzeichnet das ganze Desaster der marxistisch-leninistischen Friedensideologie, daß kommunistische Staaten im Interessen der Sicherung des Friedens zwischen ihnen von den erreichten Fortschritten in der Friedenssicherung zwischen kommunistischen Staaten und westlichen Regierungen lernen müssen. Im Interesse des Weltfriedens ist zu hoffen, daß sie hierzu bereit und in der Lage sind.

Für die in der Sozialistischen Internationale verbundenen Parteien ist die Erarbeitung realistischer Beiträge zur Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik ein Schwerpunkt ihrer praktischen Politik. Mit der Amsterdamer Parteienkonferenz 1976, der Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Internationale in Helsinki 1978 und den Arbeitsergebnissen ihres Kongresses in Vancouver haben die sozialdemokratischen Parteien unter Führung von Willy Brandt zur Friedenspolitik Vorschläge erarbeitet. Sie sind als Leitlinien ebenso wie der Beschluß des Hamburger Parteitages zu "Rüstungskontrollvereinbarungen" für Regierungshandeln geeignet. Am Maßstab dieser politischen Leitlinien und aus ihrer Regierungspraxis zur Sicherung des Friedens wollen wir Sozialdemokraten gemessen und beurteilt werden. Hierbei kann sich unsere Leistungsbilanz sehen lassen. Auf ihr müssen wir in unserer politischen Praxis auch für die Zukunft bauen. .

(-/21.2.1979/vo-he/ca)

+ + +

Festnahmesoll von 130 Demonstranten?

Vorbereitung des Justizministers Schwind auf die "Schlacht um Gorleben"

Von Hans-Alexander Drechsler MdL-Niedersachsen
Vorsitzender des Landtagsausschusses "Strafvollzug"

Um Platz für etwaige Demonstrationstäter zu schaffen, die bei künftigen Aktivitäten gegen das geplante nukleare Entsorgungszentrum in Gorleben möglicherweise verhaftet werden, hat der niedersächsische Justizminister, Prof. Schwind (CDU) angeordnet, daß in den Justizvollzugsanstalten Celle II in Salinenmoor 100 Haftplätze, in Uelzen etwa zehn und in Hannover etwa 20 (für Frauen) freigemacht werden. Bisher sind etwa 20 Gefangene aus Celle und Uelzen in die bereits voll belegten Vollzugsanstalten Wolfenbüttel und Lingen verlegt worden.

Diese politische Entscheidung hat bundesweit Aufmerksamkeit und Kritik gefunden. Sie ist untragbar und absurd, weil nach den Erfahrungen bei Demonstrationen Haftgründe zumindest in dieser Höhe voraussichtlich nicht vorliegen werden. Bei den bisherigen Demonstrationen von Kernkraftgegnern hat es keine richterlichen Haftbefehle gegeben.

Daß ich als Vorsitzender des Landtagsausschusses "Strafvollzug" von dieser weitreichenden politischen Maßnahme, die auch erhebliche Probleme im Strafvollzug zur Folge hatte, nicht durch das Justizministerium unterrichtet wurde, sondern ich lediglich auf Anfrage eine Bestätigung der getroffenen Maßnahmen erhielt, sei nur am Rande vermerkt. Dieses Verfahren stellt eine Brückierung des Parlaments dar.

Ich werfe diesem CDU-Minister vor, die Mehrzahl der Demonstranten gegen die Kernenergie in die Nähe krimineller Handlungen zu rücken. Mit der Ministerentscheidung werden nur diejenigen bestärkt, die von der Schlacht um Gorleben sprechen und diese zum "letzten Gefecht" um die weitere Nutzung der Kernenergie in unserem Lande machen wollen. Das Gefährliche dieser Zwangsmaßnahme liegt darin, daß der unbefangene Bürger annehmen mußte, der Polizei sei von vornherein ein "Festnahmesoll von 130 Demonstranten" und den unabhängigen Richtern eine Haftbefehlsquote in gleicher Höhe als Zielmarke vorgegeben. Diese Auseinandersetzungen werden durch diesen rechtspolitischen Parforceritt des Justizministers emotional angeheizt und lassen insbesondere bei der jungen Generation Zweifel an Liberalität und Rechtsstaatlichkeit aufkommen.

Minister Schwind hat durch seine Entscheidung bewiesen, daß er politisch kein abwägendes Urteilsvermögen besitzt und offenbar ein gestörtes Verhältnis zu den Bürgern hat, die von ihrem im Grundgesetz verbrieften Recht auf Demonstration Gebrauch machen und seine beengten Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit nicht teilen. Durch sein Verhalten ist er zu einem Problem für die niedersächsische Landesregierung und für die Rechtspflege geworden. Er hat auch die Bundesregierung desavouiert, die Herr Albrecht so gern an Kosten und Verantwortung beteiligt. Der Justizminister wird sich am 2. März im Unterausschuß "Strafvollzug" des niedersächsischen Landtages verantworten müssen. Der Fall wird auch ein politisches Nachspiel im Parlament haben. Bedrückend ist jedoch, daß der Justizminister zu seiner Entscheidung bisher keine Stellung bezogen hat.

(-/21.2.1979/vu-he/ea)

Kommt der "Europäische Führerschein"?

Eine Einigung vor dem 10. Juni wäre zu begrüßen

Von Horst Seefeld MdB/MdEP

Der Europäische Führerschein gehört zu den Themen, die im Europäischen Parlament in der Vergangenheit regelmäßig zur Sprache kamen und schon seit Jahren vom Rat "behandelt" werden, wie es offiziell heißt, ohne daß greifbare Fortschritte erkennbar wären. Europäische Parlamentarier wollen erreichen, daß möglichst rasch ein Europäischer Führerschein eingeführt wird, damit jene Bürger der Gemeinschaft, die von einem Mitgliedstaat in den anderen reisen oder die sich in einem anderen Land niederlassen, nicht mehr auf die spezifischen Schwierigkeiten stoßen, die durch die Einführung eines gemeinschaftlichen Führerscheins behoben werden könnten.

Zur Zeit stellt sich folgendes Problem: Bestimmte Länder, z.B. die Bundesrepublik Deutschland, machen den Angehörigen anderer Mitgliedstaaten, die in diesen Ländern ihren Wohnsitz nehmen, den Erwerb eines nationalen Führerscheins zur Auflage. Diese Vorschrift hat im übrigen ein Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaft in den Vordergrund gerückt. Ein französischer Staatsbürger, der sich aus beruflichen Gründen in Reutlingen in der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen hatte, wurde anlässlich eines Verkehrsunfalls wegen Nichtbesitzes eines deutschen Führerscheins verurteilt. Die Sache kam vor den Europäischen Gerichtshof. Am 28. November 1978 entschied dieser, daß eine derartige Maßnahme - daß ein Angehöriger aus einem Mitgliedstaat, der einen Führerschein dieses Landes besitzt, verpflichtet ist, auch einen Führerschein des Landes zu erwerben, in dem er aus beruflichen Gründen ansässig ist - mit den Vertragsbestimmungen bezüglich der Freizügigkeit und des freien Niederlassungsrechts nicht unvereinbar ist; dies allerdings unter der Voraussetzung, daß den nationalen Vorschriften nicht andere Motive als Verkehrssicherheitskriterien zugrunde liegen.

Selbstverständlich ist gegen dieses Urteil nichts einzuwenden; doch wenn die genannte Vorschrift auch nicht im Widerspruch zum Buchstaben des Gemeinschaftsrechts steht, so ist sie nach meinem Ermessen dennoch schwer mit dem Geist des

EWG-Vertrags in Einklang zu bringen.

Gerade jetzt, im Vorfeld der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments, fällt es kaum leicht, sinnvoll zu begründen, daß es der Gemeinschaft nicht gelungen ist, einen einheitlichen Führerschein einzuführen. Natürlich kann man sich damit herausreden, daß die nationalen Vorschriften für den Erwerb eines Führerscheins so unterschiedlich sind, daß es noch nicht möglich war, sie zu vereinheitlichen; doch den Bürger davon zu überzeugen, daß dies keineswegs das Ergebnis eines unzureichenden politischen Willens und einer mangelnden Bereitschaft ist, wird schwerfallen.

Weil keine Einigung bislang erzielt wurde, werden leider manche Einzelgänge nationaler Regierungen erfolgen. So hat die deutsche Bundesregierung kürzlich beschlossen, nicht mehr länger auf den Europäischen Führerschein zu warten, sondern nach jahrelanger Verzögerung den deutschen Führerschein zu modernisieren. Die Bundesregierung will allerdings darauf dringen, doch noch eine EG-Lösung im Rat zu finden.

Vor dem Europäischen Parlament hat jetzt der amtierende französische Ratspräsident die Sorgen der Abgeordneten verstanden. Er sicherte eine sorgfältige Beratung im Ministerrat zu und sprach seine Hoffnung auf baldige Entscheidung aus. Doch mit welchen Erfolgsaussichten die weiteren Verhandlungen rechnen können, deutete er nicht an.

Stattdessen wies der Ratsvorsitzende auf die Möglichkeit hin, stufenweise vorzugehen. So könnte man zunächst die nationalen Führerscheine gegenseitig anerkennen. Weitere Schritte könnten folgen.

Bleibt also abzuwarten, ob der Ratsvorsitzende nur laut gedacht hat, oder ob sich tatsächlich in Sachen Europäischer Führerschein etwas tut. Eine Einigung noch vor dem 10. Juni wäre zu begrüßen. (-/21.2.1979/ks/hgs)

+ + +